

Berlin aktuell - Eckhard Pols

Ihr Bundestagsabgeordneter für Lüchow-Dannenberg / Lüneburg

In dieser Ausgabe

Verbesserungen bei Organspenden, Strategie Künstliche Intelligenz der Bundesregierung, Starke-Familien-Gesetz

Seite 2

Öffentliche Anhörung zum Thema „Share Deals“

Seite 3

Die Wohnlage in Deutschland

Newsticker „Zahlen und Fakten“

Seite 4

Kreisparteitag aus Praktikantensicht

Seite 5

Kreisparteitage in Lüneburg

Auszug aus dem Terminkalender

Seite 6



Auf dem CDU-Kreisparteitag in Artlenburg mit der Europakandidatin für Nordostniedersachsen, Lena Düpont, und dem niedersächsischen CDU-Spitzenkandidaten für die Europawahl, David McAllister.

Foto: Hajo Boldt

Die Woche in Berlin

Diese Woche stand für mich ganz im Zeichen von Diskussionen. Damit meine ich nicht nur die Debatten im Ausschuss und im Plenum, sondern vor allem die Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und meinen Abgeordnetenkollegen. Es bewegt sich etwas, das ist spürbar. Die Parteien bringen sich mit ihren Programmen in Position, und das ist auch gut so. Denn Demokratie lebt von Debatten und Meinungsvielfalt und nur so können wichtige neue Impulse gefunden werden.

Ihr



Foto: Büro Pols MdB.

Eckhard Pols, MdB

Profil schärfen, vernünftig für Deutschland arbeiten

Dass im Jahr 2019 wichtige Wahlen stattfinden, ist deutlich spürbar: Die Parteien in der Großen Koalition schärfen ihre Profile und stellen ihre politische Richtung vor. Das finde ich auch völlig in Ordnung, denn schließlich gehört das auch zu ihren Aufgaben. Parteien sollen die langfristige Ausrichtung formulieren.

Das haben wir als Union beispielsweise gemacht mit unseren Beschlüssen zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Auch das Werkstattgespräch der CDU zur Migrationspolitik unter Beteiligung wichtiger CSU-Politiker diene diesem Zweck.

Die SPD richtet sich mit ihrem Sozialstaatspapier nach links aus. Wir haben diese Planspiele natürlich auch innerhalb der Unionsfraktion zur Kenntnis genommen. In der Sache bleiben wir dabei:

Wir kümmern uns darum, dass die Menschen möglichst Arbeit haben und im Fall von Arbeitslosigkeit schnell wieder Arbeit finden. Damit liegen wir richtig: 90 % der Beziehher von Arbeitslosengeld I beziehen dies weniger als ein Jahr. Wir wollen nicht den Sozialstaat umbauen, sondern Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaft setzen.

Es gibt einen Koalitionsvertrag, zu dem wir stehen und den wir erfüllen wollen. Wir wollen mehr Sicherheit, eine bessere Infrastruktur, bessere Bedingungen für Familien und Kinder, klugen Umweltschutz. Damit haben wir alle Hände voll zu tun. Wir lassen uns nicht von einem Koalitionspartner treiben, der sein politisches Überleben mit teuren Versprechungen gerade auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der jungen Menschen sichern möchte.

Verbesserungen bei Organspenden

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, um die Anzahl der freiwilligen Organspenden durch gezielte strukturelle Maßnahmen in den Krankenhäusern zu verbessern. Unter anderem sieht das Gesetz bundeseinheitliche Freistellungsregelungen für Transplantationsbeauftragte in Kliniken und neue Vergütungsregelungen für Entnahmekrankenhäuser vor, um die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen dort zu verbessern.

Der Gesetzentwurf sieht auch die Einrichtung eines neurochirurgischen und neurologischen konsiliarärztlichen Rufbereitschaftsdienstes und die Einrichtung einer Qualitätssicherung in den Entnahmekrankenhäusern vor. Außerdem werden neue Regelungen, die zu einer Verbesserung des Austauschs von anonymisierten Schreiben zwischen dem Organempfänger und den nächsten Angehörigen des Organspenders führen werden, verabschiedet.



Foto: www.cdu.de/Christiane.Lang.

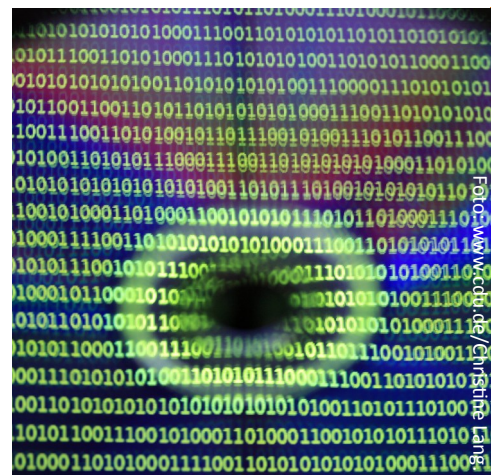
„Mit dem ‘Starke-Familien-Gesetz’ verbessern wir Leistungen für Familien mit Kindern mit geringem Einkommen etwa über eine Erhöhung des Kinderzuschlages auf 185 Euro bis 2021.“

Strategie Künstliche Intelligenz der Bundesregierung

Mit der neuen Strategie der Bundesregierung zur Förderung der künstlichen Intelligenz in Deutschland und damit zugleich zur Sicherung des Wettbewerbsstandorts sollen bis 2025 Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel soll eine Hebelwirkung vor allem in Wirtschaft und Wissenschaft und den Ländern ausgelöst werden. Deutschland soll zu einem führenden Standort in der künstlichen Intelligenz ausgebaut werden. So sollen beispielsweise 100 neue KI-Professuren sowie ein

deutsch-französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk errichtet werden. Dabei soll die verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung der künstlichen Intelligenz im Mittelpunkt stehen.



Starke-Familien-Gesetz

Wir haben in erster Lesung das „Starke-Familien-Gesetz“ beraten, womit wir Leistungen für Familien mit Kindern mit geringem Einkommen verbessern, etwa über eine Erhöhung des Kinderzuschlages auf 185 Euro bis zum Jahr 2021. Der Zuschlag soll in Anlehnung an den Existenzminimumbericht dynamisiert werden.

Darüber hinaus wollen wir beispielsweise erreichen, dass der Zuschlag im Zuge der Verwaltungsvereinfachung einheitlich für 6 Monate bewilligt und nicht mehr monatlich geprüft wird. Zu-

sätzliches Erwerbseinkommen der Eltern soll den Gesamtkinderzuschlag nur noch zu 45 Prozent, statt bisher zu 50 Prozent, mindern. Grundsätzlich sollen mehr Familien mit geringem Einkommen Zugang zu dieser Leistung erhalten.

Auch über Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket tragen wir zur Stärkung von Familien bei, so etwa über die Anhebung des Betrags für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr.

Öffentliche Anhörung zum Thema „Share Deals“

In einer Öffentlichen Anhörung haben wir uns im Bauausschuss mit der Reform der **Grunderwerbssteuer** beschäftigt. Schwerpunktmäßig ging es um die sogenannten „Share Deals“ bei Immobilienverkäufen. Normalerweise werden beim Grundstücks- oder Immobilienerwerb Grunderwerbssteuern fällig, je nach Bundesland zwischen 3 bis 6,5 Prozent. Bei einem "Share Deal" im Immobiliengeschäft werden aber nur Anteile gekauft: Zwei Käufer erwerben Geschäftsanteile an einer Gesellschaft. Wenn weniger als 95 Prozent von einem Käufer erworben werden und 5,1 Prozent von einem weiteren Käufer, wird die Grunderwerbssteuer nicht fällig. Das ist nach heutiger Rechtslage zunächst einmal ganz legal. Da Einzelanleger so benachteiligt sind, sehen wir als Union Handlungsbedarf und das ist im Koalitionsvertrag auch so festgelegt.

Heute ging es bei der Anhörung im Kern darum, inwieweit und in welcher Form hier Maßnahmen nötig sind. Es war eine kontroverse Debatte, die zeigte, wie weit die Parteien und auch die Interessenvertreter in der Frage auseinanderliegen. Die Sachverständigenrunde war dabei weit gefächert - vom

„Bei den steigenden Immobilienpreisen stellt die Grunderwerbssteuer oft einen erheblichen Kostenfaktor dar, der vor allem auch junge Familien aus dem Immobilienmarkt fernhält.“



Foto: cdu.de / Christian Schulz

Professor für Steuerrecht über verschiedene Investoren bis hin zu einem Vertreter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit. Zu den Gästen zählte auch der Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Florian Schmidt. Er ist bekannt geworden, da er sich in seinem Bezirk dafür einsetzt, das Vorkaufsrecht an Immobilien auszuüben, um nach eigenen Aussagen „breite Teile der Wohnbevölkerung vor Verdrängung zu schützen“. Auch in der öffentlichen Anhörung stellte er sich einmal mehr als Verteidiger der „kleinen“ Leute dar und machte auch vor der Warnung vor Enteignungen von Immobilien nicht halt.

In meinen Augen hat er aber einen wesentlichen Punkt in seinen Ausführungen vergessen. Es ist

natürlich schön, von allen Akteuren auf dem Immobilienmarkt Handeln im Sinne des Gemeinwohls zu erwarten. Gleichzeitig hat er aber seine Partei dafür gesorgt, dass Berlin einen der höchsten Grunderwerbssteuersätze in Deutschland hat. In Berlin liegt dieser mittlerweile bei 6 Prozent. Dadurch können sich dort immer weniger Menschen noch eine Wohnimmobilie leisten. Investoren legen die entstandenen hohen Kosten natürlich auf die Mieter um.

Gerade angesichts der steigenden Immobilienpreise stellt so eine hohe Grunderwerbssteuer einen erheblichen Kostenfaktor dar, der vor allem auch junge Familien aus dem Immobilienmarkt fernhält. Wir sind jetzt als Politik gefordert, hier Lösungen zu präsentieren, die weder mögliche Investoren auf dem Immobilienmarkt abschreckt noch die Steuerlast wie bisher hauptsächlich von den vielen Einzelkäufern am Immobilienmarkt tragen zu lassen.



Foto: www.bilder.cdu.de

„Einzelanleger sind bei der jetzigen Form der Share Deals benachteiligt, deshalb sehen wir als Union Handlungsbedarf und das ist auch so im Koalitionsvertrag festgelegt.“

Die Wohnlage in Deutschland

Die Bundesregierung hat ihren dritten Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland wie auch ihren Wohngeld- und Mietenbericht 2016 vorgestellt.

Im Berichtszeitraum 2014-16 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in einer Reihe von Städten und Regionen bekanntermaßen verschärft. Vor allem in den größten deutschen Städten und vielen Universitätsstädten sind aufgrund regen Zuzugs Wohnungsmarktengpässe mit steigenden Mieten und Preisen zu verzeichnen. Bundesweit stiegen die Angebotsmieten aus Wohnungsinseraten von 2014 bis 2016 spürbar um insgesamt 8,3 Prozent.

„Die Bundesregierung hat eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern.“

Das war für uns leider keine Überraschung, da die Entwicklung schon bekannt war. Deswegen hat die unionsgeführte Bundesregierung auch schon länger verschiedene Maßnahmen umgesetzt.

Im Jahr 2015 entlastete die öffentliche Hand mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung rund 4,2 Mio. Haushalte mit 16,8 Mrd. Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten. Damit profitierten 11 Prozent aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten.

Nicht zuletzt in Folge des hohen Engagements der Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren auch auf die hohe Nachfra-

ge nach Wohnraum mit einer deutlich gestiegenen Neubauaktivität reagiert. Die Bundesregierung hat ihrerseits eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt wie etwa das Baukindergeld.



Newsticker „Zahlen und Fakten“

+++ Deutsche Exporte im Jahr 2018 auf Rekordniveau +++

+++ Arbeitsmarkt im EU-Vergleich: Deutschland mit zweithöchster Erwerbstätigenquote +++

Deutschland hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1.317,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 1.090 Milliarden Euro importiert. Die deutschen Exporte im Jahr 2018 übertrafen die Vorjahresexporte somit um 3,0 %, die Importe stiegen um 5,7 %. Exporte und Importe übertrafen im Jahr 2018 die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 778,7 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von

623,0 Milliarden Euro von dort importiert. In Drittländer, d.h. in Länder außerhalb der EU, wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 539,2 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 467,0 Milliarden Euro aus diesen Ländern importiert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

+++

Im Jahr 2018 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 477,6 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Nach Auswertung vorläufiger Zahlen

entspricht dies einem Plus von 4 % gegenüber dem Vorjahr. Damit stiegen die Übernachtungszahlen zum neunten Mal in Folge und erreichten einen neuen Rekordwert. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 um 5 % auf 87,7 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg um 4 % auf 389,9 Millionen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bericht des Praktikanten Luca Otto:

CDU-Kreisparteitag zum Wahlkampfauftakt - aus Praktikantensicht



Für mich als Betriebspraktikant von Eckhard Pöls MdB war dieser Wahlkampfauftakt ein spannendes und informatives Erlebnis. Ich konnte in diesem Rahmen erste Eindrücke über den Alltag eines Bundestagsabgeordneten gewinnen und hatte mich daher sehr auf diesen Abend gefreut. Eine besondere Erfahrung war der Abend für mich, da ich als „Pressefotograf“ des Lüneburger Wahlbüros, engagiert von Herrn Ahlfeld, tätig war. Somit hatte ich die Möglichkeit, die mir aus Fernsehen und Zeitung bekannten Politiker hautnah zu erleben.

In Bezug auf die Flüchtlingskrise fand ich insbesondere den Beitrag von David McAllister bemerkenswert. Er verdeutlichte, dass EU-Mitgliedsstaaten, die keine geflüchteten Menschen aufnehmen, bei der Verteilung der EU-Gelder nicht an erster Stelle stehen können. Mir gefiel die Klarheit dieser Aussage.

Die Stimmung im Gasthaus war den ganzen Abend über mitreißend. Neben den lebendigen Reden der Politiker trugen die Stücke des Feuerwehr Musikzuges Artlenburg einen großen Teil dazu bei.

Aus meiner Sicht war es gut, dass alle Redner/innen eine Brücke schlugen zwischen der Politik in Europa und der in Deutschland. Es ist wichtig zu sehen, dass ein vereintes Europa nur stark sein kann, wenn es die einzelnen Mitgliedstaaten auch sind.

Rund 130 interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Parteifreunde haben sich am 07.02.2019 im Gasthaus Nienau in Artlenburg zusammengefunden, um den Kreisparteitag zum Wahlkampfauftakt der CDU zu unterstützen.

Im Fokus des Parteitages standen: Die anstehende Landratswahl mit Spitzenkandidat und Bürgermeister von Bleckede Jens Böther, als auch die Bürgermeisterwahlen mit Frau von Mirbach in Adendorf, Andreas Gehrke in Amt Neuhaus, Heiner Luhmann in Bardowick und Laars

Nordostniedersachsen in den Wahlkampf.

Der Kreisvorsitzende Felix Petersen und Eckhard Pöls MdB traten ebenfalls ans Rednerpult. Als Highlight konnte David McAllister als Gastredner gewonnen werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Programms waren die Ehrung langjähriger Mitglieder sowie eine anregende Gesprächsrunde mit den Kandidaten für die Direktwahlen. Musikalisch untermauert wurde der Abend vom Feuerwehr Musikzug Artlenburg.

Gerstenkorn in Scharnebeck sowie die am 26.05.2019 stattfindenden Europaparlamentswahlen. Als Kandidatin für das EU-Parlament begibt sich Lena Düpont aus Gifhorn für die CDU in



David McAllister MdEP (3.v.r.) auf dem Kreisparteitag mit (v.l.n.r.) Europakandidatin Lena Düpont, den Bürgermeisterkandidaten Andreas Gehrke und Christina von Mirbach, dem Landratskandidaten Jens Böther sowie den Samtgemeindebürgermeistern Laars Gerstenkorn und Heiner Luhmann.

Auszug aus dem Terminkalender

Samstag, 16. Februar

- FDP Neujahrsempfang,
Lüneburg

Montag, 18. Februar

- Jahreshauptversammlung
"Historische Ilmenau",
Lüneburg

Dienstag, 19. Februar

- Parl. Frühstück zur Entwick-
lung der Innenstädte aus Sicht
des Einzelhandels, Berlin
- AG Sitzungen (Vertriebene,
Kommunales, Bauen sowie
Verkehr), Berlin
- Fraktionssitzung, Berlin

Mittwoch, 20. Februar

- EKD-Frühstück, Berlin
- Ausschusssitzungen (Verkehr
sowie Bauen, Berlin
- Plenum, Berlin
- Parlamentsgruppe Binnen-
schifffahrt, Berlin

Donnerstag, 21. Februar

- Plenum, Berlin
- Gespräch mit Vertretern der
Handwerkskammer, Berlin
- Gespräch mit der AG Touris-
mus und Verbänden des
Wassertourismus, Berlin

Freitag, 22. Februar

- Plenum, Berlin



Mit Landratskandidat Jens Böther.



Landratskandidat Jens Böther.

CDU-Kreisparteitage mit der Nominierung des Landratskandidaten Jens Böther und zum Wahlkampfauftakt zu den Kommunal- und Europawahlen im Landkreis Lüneburg



Mit David McAllister MdEP.



Beim Grußwort.



Mit der Europakandidatin des CDU-Bezirksverbandes
Nordostniedersachsen, Lena Düpont.